



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Unterrichtsversorgung an den Gymnasien verbessern
(je 150 Stellen A 13 in 2026 und 2027)
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 05 19 werden die Ansätze im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) für das Jahr 2026 von 1.796.558,9 Tsd. Euro um 3.900,0 Tsd. Euro auf 1.800.458,9 Tsd. Euro erhöht.

Für das Jahr 2027 werden die Ansätze von 1.817.901,7 Tsd. Euro um 15.780,0 Tsd. Euro auf 1.833.681,7 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel dienen zur Schaffung von je 150 Stellen in BesGr. A 13 zum 01.09.2026 und zum 01.09.2027.

Begründung:

Wie die Schüler- und Absolventenprognose 2024 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ausweist, ist an den bayerischen Gymnasien mit höheren Schülerinnen- und Schülerzahlen zu rechnen: Einen besonders starken Anstieg gab es im laufenden Schuljahr 2025/2026 mit Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (plus 35 000 Schülerinnen und Schüler). Bis 2025 rechnet das Staatsministerium für Unterricht und Kultus mit einer Schülergesamtzahl von 412 000 Schülerinnen und Schülern.

Im laufenden Schuljahr haben zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeitszeit erhöht und damit dazu beigetragen, dass die Unterrichtsversorgung sichergestellt werden konnte. Angesichts des prognostizierten Anstiegs müssen auf absehbare Zeit kontinuierlich neue Stellen über das von der Staatsregierung vorgesehene Maß hinaus geschaffen werden.

150 neue Stellen in 2026 und 2027 sind das Minimum dessen, was dringend erforderlich ist.